

## **Gemeinsame Positionierung**

**der Landesregierung sowie von Vertreterinnen und Vertretern der  
Wirtschaftskammern, der Vereinigung der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften,  
von Vereinigungen des Transportgewerbes, des Bauernverbands, des Landkreistages,  
des Städte- und Gemeindetages sowie weiterer Akteure.**

vom 14. April 2026

Die Auswirkungen der militärischen Auseinandersetzungen in der Golfregion sind auch in Mecklenburg-Vorpommern sehr deutlich spürbar. Insbesondere die in den zurückliegenden Wochen bundesweit stark gestiegenen Kraftstoffpreise belasten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Sozialwirtschaft, Kommunen und Land (aktuell: Benzin + 16,3%, Diesel + 30,3% gegenüber dem 28. Februar 2026 - Stand: 13.04.2026; am 7. April waren es +22,3% und +40%). Auf Ebene der Unternehmen sind mit dem Logistikgewerbe und der Landwirtschaft Wirtschaftsbereiche besonders betroffen, die einen erheblichen Beitrag für die Daseinsvorsorge leisten. Viele Menschen schauen mit Sorge auf die weitere Entwicklung. Dies gilt auch im Hinblick auf die Preisentwicklung bei und die Versorgung mit anderen Gütern über Kraftstoffe hinaus. Auch nach Beginn der aktuellen Waffenruhe zwischen den Beteiligten am Persischen Golf geht die Bundesregierung nicht von einem raschen Preisrückgang bei Benzin und Diesel aus. Inzwischen sind die Friedensgespräche zwischen den USA und dem Iran ergebnislos zu Ende gegangen. All dies droht zu Lasten der bislang für 2026 erwarteten und dringend erforderlichen leichten Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu gehen.

In direkten Gesprächen mit dem Bundeskanzler, im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz Ost und im Bundesrat hat sich die Landesregierung bereits in den vergangenen Wochen dafür eingesetzt, den Auswirkungen des Konflikts am Golf mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen. Dabei ging und geht es um drei Punkte:

1. eine schnelle und deutliche Senkung der Kraftstoffpreise,
2. eine Abschöpfung ungerechtfertigter Krisengewinne bei den Mineralölkonzernen und
3. ein Verhindern unangemessener Preisanstiege in der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund positionieren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Beratung in Schwerin am 14. April 2026:

Zu lang hat die Bundesregierung den Eindruck vermittelt, die Lage nicht ernst zu nehmen und es versäumt, sichtbar in den Krisenmodus schalten. Es braucht schnelles, abgestimmtes und entschlossenes Handeln innerhalb der Bundesregierung. Die Bundesregierung muss aber auch – wie im Rahmen der Energiekrise nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine - die Länder in einer Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler und auf Ebene der Fachressorts bei der Bewertung der Lage und der Beratung über Lösungsansätze eng einbeziehen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass der Koalitionsausschusses im Bund am 12. April 2026 endlich zu Ergebnissen gekommen ist. Die angekündigte Absenkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um jeweils ca. 17 ct pro Liter (brutto), die Heranziehung der

Mineralölwirtschaftsunternehmen zur Gegenfinanzierung und eine Nachschärfung und konsequentere Anwendung der kartellrechtlichen Instrumente greifen den oben genannten „Dreiklang“ auf und gehen endlich in die richtige Richtung. Wichtig ist vor allem, dass die angekündigte **Einkommensteuerreform** zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zum 1. Januar 2027 kommt. Sie ist dringend notwendig.

Wir halten jedoch weitergehende Schritte für jetzt erforderlich. Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren Beschäftigten zu entlasten. Die Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen hat oberste Priorität.

**1. Die Preise für Kraftstoffe wie Diesel und Benzin müssen rascher und deutlicher sinken.**

Die geplante Absenkung der Energiesteuer muss sofort komplett an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden und die Bundesregierung muss dies mit den Mineralölgesellschaften sicherstellen. Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, für eine deutlichere und nachhaltigere als die jetzt vereinbarte Preisentlastung zu sorgen. Ziel muss sein, dass die Kraftstoffpreise wieder deutlich unter 2 Euro pro Liter liegen.

Die angekündigte Absenkung der Energiesteuer muss so schnell wie möglich beim Verbraucher ankommen. Daher sprechen wir uns für einen Sonderbundesrat aus.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, den Zeitraum der Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe nicht starr auf zwei Monate festzulegen, sondern an die **Beilegung der Krise in der Golfregion und eine Normalisierung der Rohöl- und Energiepreise** zu knüpfen.

Eine zusätzliche, **laufende Überprüfung für die Stabilität der Preise für Benzin und Diesel**, um unverhältnismäßige Gewinnmargen zu verhindern, ist notwendig.

Außerdem darf es in der jetzigen Situation zumindest **keine weitere Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe** geben.

**2. Ungerechtfertigte Krisengewinne vermeiden.**

Eine zusätzliche Gewinnsteigerung einzelner Unternehmen und Branchen, die Krisen ausnutzen um den eigenen Profit zu mehren, darf nicht zu Lasten der Allgemeinheit (Verbraucherinnen und Verbraucher, kleine und mittlere Unternehmen) gehen. Diese Gewinne müssen abgeschöpft und für Entlastungsmaßnahmen eingesetzt werden.

**3. Unangemessene Preisanstiege müssen künftig verhindert werden.**

Die neue Tankstellenregel (Preiserhöhungen nur um 12h) hat bisher keine Wirkung gezeigt. Die Bundesregierung sollte über die im Koalitionsausschuss vereinbarten Schritte hinaus weitere Nachbesserungen umsetzen. Dazu gehört zum Beispiel auch ein Durchschnittspreisverfahren, das die Preisbildung an die Anschaffungskosten des Gesamtlagerbestands eines Mineralölunternehmens knüpft.

**4. Weitere Maßnahmen:**

- Sollte der Bund aufgrund der aktuellen Entwicklung Steuermehreinnahmen erzielen, muss er diese für weitere Entlastungsmaßnahmen einsetzen. Einer Mehrwertsteuererhöhung erteilen wir eine klare Absage.

- Wir bitten die Bundesregierung, Möglichkeiten zu prüfen, die Doppelbelastung für Verkehrs- und Logistikunternehmen durch Kraftstoffbesteuerung und Mautabgabe zumindest auszusetzen.
- Die Landesregierung hat Regelungen zur Vermeidung von Härtefällen bei der Rückzahlung von Corona-Überbrückungshilfen getroffen und wird diese noch einmal durch weitergehende Möglichkeiten für Stundungen und gegebenenfalls Erlass von Forderungen erweitern. Wir bitten die Bundesregierung, zur Entlastung betroffener Unternehmen eine Aussetzung der Prüfung und Rückforderungen für die Dauer der aktuellen Situation zuzulassen.
- Die Landesregierung wird in der kommenden Woche das Gesetz zum Bürokratieabbau auf den Weg bringen. Wir fordern die Bundesregierung angesichts der Belastungen durch die Energiekrise auf, zusammen mit den Bundesländern ein Moratorium für die Dokumentations- und Berichtspflichten der Wirtschaft zu erlassen. Grundlage sollte der Vorschlag der Bundesländer für die Föderale Modernisierungsagenda sein.
- Land und Kommunen werden gemeinsam mit der Wirtschaft entschlossen die Umsetzung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaverträglichkeit vorantreiben.
- Gerade in der aktuellen Situation wird das Land am Senioren- und Azubi-Ticket als ermäßigtem Deutschlandticket festhalten. Das Gleiche gilt für die beitragsfreie Kita als wichtigster Entlastungsmaßnahme für Familien mit Kindern.
- Eine vollständige Steuerbefreiung von Biokraftstoffen für Unternehmen hätte neben dem kurzfristigen Entlastungseffekt auch eine große Steuerungswirkung weg von fossilen Kraftstoffen und zur technologischen Weiterentwicklung von Antriebsmaschinen in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Verkehrs- und Logistikwirtschaft und der Schifffahrt.
- In dieser angespannten Lage müssen die Potentiale von Bioenergie und Biokraftstoffen genutzt und Fördermöglichkeiten und Planungssicherheit bei Biogas gesetzlich abgesichert werden. Wir fordern den Bund auf, eine Offensive für Biodiesel für Land- und Forstwirtschaft sowie die Verkehrs- und Logistikwirtschaft und die Schifffahrt auf den Weg zu bringen.
- Der Wirtschafts- und der Finanzminister werden gemeinsam mit Wirtschaft und Banken über Maßnahmen zur Liquiditäts- und Investitionssicherung beraten.

Über diese wichtigen Maßnahmen hinaus, zeigt die aktuelle Situation, dass sich Deutschland noch besser auf die Herausforderungen vorbereiten muss, die eine Weltordnung mit sich bringt, in der sich Akteure weniger an bisher geltende Regeln halten und internationale Wirtschaftsbeziehungen und Lieferketten störungsanfälliger werden. Die Bundesregierung hat zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit und des Schutzes kritischer Infrastrukturen wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir fordern die Bundesregierung auf, darüber hinausgehend Vorsorge zu treffen und eine sektorübergreifende **Nationale Resilienzstrategie** zu entwickeln. Diese muss auch die Versorgung des Landes mit Energie, Lebensmitteln und anderen Gütern und Rohstoffen sowie die Kapazitäten zur Reparatur von Schäden und Wiederherrichtung von Infrastrukturen in den Blick nehmen und sie unabhängiger von und widerstandsfähiger gegenüber internationalen Krisenlagen, gestörten Handelswegen, den Folgen von Naturkatastrophen, Störungen von außen und ähnlichen Situationen machen.